

Aussagen des Kolpingwerks in Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl 2010

## **Werte – Familie – Bildung**

### **Was uns hält, was uns verbindet, was uns weiterbringt**

#### **Vorwort**

Unsere kulturellen Wurzeln sind durch das Christentum begründet. In der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen heißt es: „Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung.“ (Art 7, Abs 1)

Aus diesem Artikel atmet der Geist unserer Verfassung. Das aus jüdisch-christlicher Tradition und der Aufklärung entstandene Bild vom Menschen ist die Grundlage unseres heutigen Zusammenlebens. Jeder Mensch ist einzigartig, weil er nach unserem Glauben Gottes Ebenbild ist. Aus diesem Verständnis leiten sich in der christlichen Gesellschaftslehre die Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität ab.

Es ist ein Gesellschaftsverständnis, in dem sich jede und jeder einzelne – entsprechend seiner Begabung und Fähigkeit – entfalten können muss. Jeder Mensch muss die Chance erhalten, Verantwortung für sich und seine Familie zu tragen und für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Diese Aufgabe darf ihm der Staat nicht nehmen. Aber: Kann der Einzelne das nicht, weil er behindert oder krank ist, hat er Anrecht auf Hilfe durch die Gesellschaft. Hier müssen stets starke Schultern den Schwachen tragen. Das ist Solidarität.

Jüngere Umfragen belegen, dass das Vertrauen der Menschen in die Fähigkeiten von Wirtschaft und Politik stark nachgelassen hat. Wir halten dagegen, dass gerade in Zeiten großer Herausforderungen Werte wie Solidarität, Vertrauen und Gerechtigkeit Wege geboten haben. Es geht uns darum, an diese Wurzeln zu erinnern, ihren Stellenwert zu betonen und darauf hinzuweisen, was wir zu ihrem Schutz tun müssen.

#### **Familie**

*Familie ist kein statisches Gebilde. In ihr spiegelt sich der soziale und kulturelle Wandel Deutschlands in seiner ganzen Vielfalt wider. Gerade in den letzten Jahrzehnten haben sich Familien in ihren Strukturen und ihrem Selbstverständnis stark verändert. Heute gibt es sehr verschiedene Fami-*

*lienmodelle. Dies wiederum wirkt auch auf die einzelne Familie zurück. Der Alltag von Paaren und Familien hängt genauso von den eigenen Wertvorstellungen ab wie von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Vielen Paaren und Familien ist es nicht gleichgültig, wie über Ehe und Partnerschaft gedacht und ob ihre Bereitschaft anerkannt wird, als Mutter oder Vater Verantwortung für ein Kind zu übernehmen. Wir halten am christlichen Ehe- und Familienverständnis fest. Die Grundwerte, die ihm zugrunde liegen – Treue, Liebe, Verlässlichkeit, Solidarität, Eigenverantwortlichkeit, Leistungsbereitschaft und Nächstenliebe – sind aus unserer Sicht der beste Nährboden für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und für die Entwicklung der Kinder.*

Familien leisten durch ihre Erziehungsarbeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Damit sie diese erfüllen können, brauchen sie Angebote zu Bildung, Beratung und Erholung. Hierzu müssen Mittel bereitgestellt sowie bereits vorhandene Möglichkeiten erhalten und gestärkt werden. Insgesamt müssen diese Angebote für die Eltern erreichbar sein.

Wir treten weiterhin für Betreuungsmöglichkeiten und Bildungsangebote ein, die das Wohl des Kindes an die erste Stelle setzen und die Eltern in der Erziehung unterstützen. Dazu müssen die Tageseinrichtungen qualitativ und zahlenmäßig ausgebaut werden. Erzieherinnen und Erzieher brauchen mehr Zeit für die Kinder und für die Zusammenarbeit mit den Eltern, die Leitung der Einrichtungen sollte dafür freigestellt werden. Die Ausbildung der Erzieherinnen muss deutlich verbessert werden. Zudem sollte das letzte Kindergartenjahr bis zu einem Jahreseinkommen von 50.000 € beitragsfrei sein.

## **Bildung**

*Das Weiterbildungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen dient mit seinen darin beschriebenen Kernbereichen der Vermittlung von Inhalten, die von öffentlichem Interesse sind. Dazu gehören Bereiche wie die politische, die berufliche, die abschlussbezogene und auch die lebensbegleitende Bildung und die Familienbildung. Das Kolpingwerk in Nordrhein-Westfalen verfolgt mit seinem vielfältigen Engagement ebenfalls diese Ziele: Menschen sollen befähigt werden, ihr Leben subsidiär, kompetent und würdevoll zu gestalten. Die allgemeine Bildung unterstützt sie darin, gesellschaftliche Zusammenhänge und Prozesse zu reflektieren und zu gestalten. Wissensvermittlung ist somit die Grundlage, um an allen gesellschaftlichen und sozialen Prozessen teilzunehmen. Dies hat der Sozialreformer Adolph Kolping schon im 19. Jahrhundert als Ziel für den Gesellenverein, das heutige Kolpingwerk formuliert.*

*Vor diesem Hintergrund stellen wir zur Bildungspolitik folgende Forderungen:*

## **Allgemeine Bildung/ Weiterbildung**

Wir erwarten von der zukünftigen Landesregierung ein klares Bekenntnis zu den grundsätzlichen Zielen und Schwerpunkten, wie sie derzeit im Weiterbildungsgesetz definiert sind sowie eine verlässliche Absicherung dieser Weiterbildung in NRW. Es darf nicht sein, dass Bildung auf eine ökonomische Verwertbarkeit reduziert wird.

Das Budget, das für die Weiterbildung zur Verfügung steht, müsste mindestens einen automatischen Inflationsausgleich bekommen. Das bisherige Einfrieren bedeutet faktisch eine Kürzung der Mittel. Dies muss beendet werden. Wir erwarten, dass auch zukünftig die Teilnehmertage und Unterrichtsstunden sowie Hauptamtliches Pädagogisches Personal gefördert werden.

## **Schulische Bildung**

Die Schulen in NRW müssen in der Lage sein, die individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Mädchen und Jungen zu berücksichtigen. Die Schülerinnen und Schüler müssen die Schule so qualifiziert verlassen, dass sie danach in der Lage sind, eine Ausbildungsstelle anzutreten. Das setzt voraus, dass jede Schule ein System individueller Förderung aufbaut und ständig verbessert, weniger Unterricht ausfällt und die Qualität der schulischen Bildung weiter verbessert wird beispielsweise indem Unterrichtskonzepte und Kompetenzen der Lehrkräfte regelmäßig evaluiert werden. Wir brauchen verschiedene Schulformen, aus denen die Eltern die richtige für ihr Kind auswählen können und zwischen denen die Schüler wechseln können.

Wir brauchen weiterhin ein qualifiziertes und engmaschiges Netz an Ganztagschulen, so dass alle Eltern die Möglichkeit haben, sich dafür zu entscheiden.

Doch bei allem Engagement für die Schule muss auch gelten: Es gibt ein Leben neben der Schule. Kindern und Jugendlichen muss Zeit bleiben für selbstgestaltete Freizeit und für die Teilnahme an Angeboten der Jugendverbände.

## **Berufliche Bildung**

Wir erwarten eine Politik, die sozial benachteiligten, schulmüden oder lernschwachen jungen Menschen besondere Aufmerksamkeit widmet. Die Finanzierung der Maßnahmen, mit denen sie befähigt werden, eine Ausbildung zu beginnen oder in den Arbeitsmarkt einzutreten, muss durch Landesförderung dauerhaft sichergestellt werden.

Die aktuelle Ausschreibungspraxis zeigt deutlich, dass nicht die Qualität, sondern nur der Preis im Vordergrund steht. Als Anbieter qualitativ hochwertiger Bildungsangebote fordern wir eine Abkehr von der ausschließlichen Preisorientierung hin zu einer Qualitätsorientierung.

Es muss gewährleistet werden, dass benachteiligte Jugendliche im Rahmen von Hartz IV-Vermittlungen nicht in Ein-Euro-Jobs abgeschoben, sondern weiter gefördert werden. Ferner müssen Einrichtungen abgesichert werden, die hier qualitativ und verlässlich arbeiten.

Alle Initiativen, die Ausbildung und Arbeitsaufnahme von behinderten jungen Menschen zum Ziel haben, müssen ebenfalls Teil einer nachhaltig wirkenden Bildungspolitik sein. Dabei sollen Einarbeitungszuschüsse dauerhaft gesichert sein, ein "Patenschaftsmodell" entwickelt werden und konkrete Einfacharbeitsplätze auch durch landesunmittelbare Förderung geschaffen und mit Behinderten besetzt werden.

Kooperative Modelle zwischen betrieblichen Ausbildungsgängen und über-/außer-betrieblichen Ausbildungsstellen für lernschwache oder -behinderte junge Menschen sind durch landeseigene Förderung zu schaffen und zu begleiten, statt den Fokus auf Praktikantenplätze ohne Nachhaltigkeit zu legen.

Die Zahl der Ausbildungsabbrecher in der Berufsausbildung ist insgesamt wesentlich zu hoch. In Zusammenarbeit mit Kammern und Gewerkschaften sowie Berufsschulen muss die Politik Wege öffnen, die junge Menschen und Ausbildungsbetriebe anregen und herausfordern, eingegangene Ausbildungsverhältnisse einzuhalten. Für Ausbildungsabbrecher fordern wir besondere "Qualifizierungspakete", deren Ziel es sein muss, den jungen Leuten eine erneute Aufnahme und den Abschluss einer Ausbildung zu ermöglichen. Diese Pakete müssen gemeinsam mit den Kammern und den Bildungsträgern initiiert werden.

## **Gesellschaft: Miteinander in Vielfalt**

*Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger. Wichtig wird daher in Zukunft sein, dass alle Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen ihre Vorstellungen eines Zusammenlebens zum Ausdruck bringen. Daher ist es gut, sich der Grundlagen unserer Kultur zu besinnen. Ankerpunkte sind die Sonn- und Feiertage und unser freiwilliges Engagement für andere.*

### **Herausforderung Sonn- und Feiertag**

Feiertage sind heilsame Unterbrechungen des Alltags und wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie sind Tage der Ruhe und der Orientierung. Werte wie Mitmenschlichkeit, Solidarität und auch Ehrenamtlichkeit können aus der Feier christlich geprägter Feste erfahren und abgeleitet werden. Ein fortschreitender Verlust dieser Kultur kann weitreichende negative Folgen für die Bewusstseinsbildung und Orientierung unserer Gesellschaft mit sich bringen. Mit ihrer fortschreitenden Erosion schwindet jedoch die Rückbindung an sinn- und identitätsstiftende Traditionen unserer Kultur, die für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft von hoher Bedeutung sind. Eine in den Festen grundlegende Vergewisserung der kulturellen Ursprünge und Orientierungen findet kaum mehr statt.

Wir beobachten mit großer Sorge, dass auch die Sinnggebung des Sonntags in hohem Maß Privatsache geworden ist. Menschen sind in der Gestaltung des Sonntags überfordert, die Fähigkeit zu Muße, Fest und Feier ist vielfach auf dem Rückzug. Das Wochenende wird von der Vergnügungs- und Unterhaltungsindustrie, vom Sport- und Freizeitbetrieb beherrscht. Sicherlich mag diese Tendenz zu Erholung, kurzweiliger Unterhaltung und Zerstreuung beitragen, zur Sinnggebung des Sonntags und des Lebens trägt sie weniger bei. Es ist uns wichtig, dass der Gestaltung des Sonntags auch in Zukunft ein angemessener Stellenwert zuteil wird. Gerade da es uns um eine menschenfreundliche Gesellschaft geht, ist die Ruhe des Sonntag zur Achtung der Menschenwürde erforderlich. Sie ist ein Protest gegen die Vermarktung des Menschen und gegen die Allgegenwart der Arbeitswelt.

Wir weisen auf den Sonntag als Tag der Gemeinschaft, der Kultur und der Pflege gesellschaftlicher Intimräume wie beispielsweise Ehe und Familie oder Freundschaften hin und betonen, wie sehr ein „Tag der Ruhe“ der Vereinsamung und Anonymität in der heutigen Gesellschaft entgegenwirken kann. Wir erachten es als notwendig, auch weiterhin alles zu unternehmen, dem Sonntag diesen Platz im Lauf der Woche zu belassen. Die Sorge um den Schutz des Sonntags ist darum auch nicht nur Sache des Einzelnen oder der Kirchen, sondern sie muss gleichermaßen von den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft mitgetragen werden. Darum muss

der Sonntag immer wieder neu in seiner Unentbehrlichkeit und Unersetzbarkeit geschützt werden.

Wir begrüßen sehr, dass das Bundesverfassungsgericht Anfang Dezember 2009 dem Sonntag seinen Platz in der Woche ausdrücklich zugesprochen hat. Die Entscheidung der Richter ist ein deutliches Signal gegen ausufernden Konsum und wir sehen darin einen Kontrapunkt zu Lebensauffassungen, die ihre Orientierungen aus kurzfristigem Denken und schnellem Gewinn ableiten. Wir fordern daher von einer zukünftigen Landesregierung restriktiv mit Sondergenehmigungen von Sonntagsarbeit im gewerblichen Bereich, die aus betrieblichen Gründen beantragt werden, umzugehen. Die verkaufsoffenen Sonntage müssen auf maximal zwei im Jahr zurückgeführt werden.

Um mehr Bewusstsein für die gemeinsame Gestaltung des Sonntags zu schaffen, wird eine zukünftige Landesregierung aufgefordert, gemeinsam mit die Kirchen und Gewerkschaften eine Kampagne zum Schutz des Sonntags zu starten.

## **Ehrenamtliches Engagement**

In Deutschland sind 23 Millionen Menschen ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig. Sie übernehmen damit Verantwortung für die Lösung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben. Die persönliche Entscheidung für ein solches Engagement setzt voraus, dass Ehrenamtliche ein positives Bild und eine hohe Wertschätzung für ihre Umwelt und ihre Mitmenschen verinnerlicht haben. Sie bringen Zeit und Energie für das Gemeinwohl auf und helfen damit uns allen.

In Vereinen und Verbänden hat ehrenamtliches Engagement eine lange verwurzelte Tradition. Als Träger ehrenamtlicher Aufgaben brauchen sie auch in Zukunft die ihnen angemessene Aufmerksamkeit und Unterstützung aus allen Teilen der Gesellschaft. Was lebendiges Vereinsleben und verbandliche Arbeit als Knotenpunkte ehrenamtlichen Engagements leisten, kann nicht hoch genug bewertet werden. Das gilt besonders in einer Gesellschaft, die immer stärker von Leistung und Gewinnmaximierung geprägt ist.

Wir halten es daher für elementar notwendig, dass besonders die Kinder- und Jugendarbeit, die in Vereinen, Verbänden oder Feuerwehren geleistet wird, von den zuständigen Stellen gewürdigt wird und echte Wertschätzung erfährt. Junge Menschen lernen hier Haltungen, die für unsere Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind und die Entwicklung wertvoller sozialer Kompetenzen fördern. Wir begrüßen die Einführung der JuLeiKa. Wir fordern, dass in Schulzeugnissen Nachweise über ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement aufgenommen werden. Wir fordern eine zukünftige Landesregierung ferner auf, gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften nach Wegen zu suchen, wie ehrenamtliches Engagement gefördert werden kann.